

# Preussische Gesetzsammlung

Jahrgang 1921

Nr. 14.

**Inhalt:** Gesetz, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren, S. 227. — Gesetz über die Bergschulvereine, S. 228. — Erlaß der Minister für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und des Innern, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens zugunsten der Braunkohlen- und Brikett-Industrie-Aktiengesellschaft in Berlin gehörigen Braunkohlentagebaues Kuth bei Bochwitz im Kreise Liebenwerda, S. 229.

(Nr. 12061.) Gesetz, betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren. Vom 11. Januar 1921.

Die verfassungegebende Preussische Landesversammlung hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

## § 1.

Der Staatsregierung wird ein weiterer Betrag von 17 Millionen Mark zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt.

## § 2.

(1) Die Staatsregierung wird ermächtigt, zur Bereitstellung der nach § 1 erforderlichen Summe Staatsschuldverschreibungen auszugeben.

(2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schakanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schakanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden mittels Unterschrift zweier Mitglieder ausgestellt.

(3) Schuldverschreibungen, Schakanweisungen, etwa zugehörige Zinscheine und Wechsel können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

(4) Schakanweisungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werden.

(5) Die Mittel zur Einlösung von Schakanweisungen und Wechseln können durch Ausgabe von Schakanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage beschafft werden.

(6) Schuldverschreibungen, Schakanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werden oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn



Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung der Umlaufzeit der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkt beginnen, mit dem die Verzinsung oder Umlaufzeit der einzulösenden Schatzanweisungen oder Wechsel aufhört.

(7) Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zins- oder Diskontsage, zu welchen Bedingungen der Kündigung oder mit welcher Umlaufzeit sowie zu welchen Kursen die Schuldschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Ebenso bleibt ihm im Falle des Abs. 3 die Festsetzung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland überlassen.

(8) Im übrigen sind wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen (Gesetzsamml. S. 1197), des Gesetzes vom 8. März 1897, betreffend die Tilgung von Staatsschulden (Gesetzsamml. S. 43), und des Gesetzes vom 3. Mai 1903, betreffend die Bildung eines Ungleichs fonds für die Eisenbahnverwaltung (Gesetzsamml. S. 155) anzuwenden.

### § 3.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Finanzminister ob.

Berlin, den 11. Januar 1921.

### Das Preussische Staatsministerium.

Braun. Fischbeck. am Zehnhoff. Dejer.  
Stegerwald. Severing. Lüdemann.

(Nr. 12062.) Gesetz über die Bergschulvereine. Vom 12. Januar 1921.

**D**ie verfassungsgebende Preussische Landesversammlung hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### § 1.

Bergschulvereine bedürfen zur Erfüllung ihres Vereinszwecks der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe.

### § 2.

Die Genehmigung wird erteilt, wenn

1. durch die Vereinsfassung den Bergbehörden ein Aufsichtsrecht in mindestens dem Umfang eingeräumt ist, wie es ihnen nach dem Gesetze wegen



Verwaltung der Bergbauhilfsklassen vom 5. Juni 1863 (Gesetzsamml. S. 365) gegenüber den Bergbauhilfsklassen zusteht,

2. die Erfüllung des Vereinszwecks finanziell gesichert erscheint und
3. durch die Vereinsfakung die Verwaltung der Bergschule einem Bergschulvorstand übertragen ist, der sich in angemessenem Verhältnis aus Vertretern der Bergbehörden, der Bergwerksbesitzer, der Bergschullehrer, der Angestellten, deren Nachwuchs auf der Bergschule herangebildet wird, und der Bergarbeiter zusammensetzt. Die Zahl der Vertreter der Bergwerksbesitzer und die Zahl der Vertreter der Angestellten und Bergarbeiter muß die gleiche sein. Die Vertreter werden von den Organisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer in Vorschlag gebracht.

### § 3.

(1) Die Genehmigung bewirkt, daß auch die Besitzer im Vereinsbezirke gelegener Bergwerke, die nicht dem Verein und auch nicht einer Bergbauhilfsklasse angehören, nach dem für die Mitglieder geltenden Maßstabe zu Beiträgen an den Verein herangezogen werden können. Was in dieser Hinsicht als Vereinsbezirk anzusehen ist, bestimmt der Minister für Handel und Gewerbe.

(2) Den Bergwerken werden alle nicht unter bergpolizeilicher Aufsicht stehenden Mineralgewinnungen gleichgestellt. Dem Minister für Handel und Gewerbe bleibt es vorbehalten, in besonderen Fällen Befreiungen solcher Betriebe von der Beitragspflicht eintreten zu lassen.

(3) Die Beiträge der Nichtmitglieder können nach Festsetzung durch das Oberbergamt im Verwaltungsverfahren beigetrieben werden.

### § 4.

Werden Bergschulen von Vereinen ohne die nach § 1 erforderliche Genehmigung unterhalten, so sollen sie nach Ablauf einer angemessenen Frist durch Gesetz auf den Staat übergeführt werden.

### § 5.

Bergbauhilfsklassen bedürfen einer Genehmigung nach § 1 nicht. Sie haben in ihren Satzungen dem § 2 Nr. 3 entsprechende Bestimmungen zu treffen. Die Bestimmungen im § 3 finden auch auf sie Anwendung.

### § 6.

Die §§ 1 und 4 gelten auch für die Unterhaltung von Bergschulen durch eine Einzelperson oder durch mehrere Einzelpersonen, die keinen Bergschulverein bilden. In diesen Fällen kann die Genehmigung erteilt werden, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen des § 2 entsprechend gesichert erscheint.



§ 7.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister für Handel und Gewerbe ob.

§ 8.

Dieses Gesetz tritt drei Monate nach der Verkündung in Kraft.  
Berlin, den 12. Januar 1921.

Das Preussische Staatsministerium.

Braun. Fischbeck. am Zehnhoff. Dejer.  
Stegerwald. Severing. Lüdemann.

(Nr. 12063.) Erlaß der Minister für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und des Innern, betreffend Anwendung des vereinfachten Enteignungsverfahrens zugunsten der der Braunkohlen- und Brickett-Industrie-Aktiengesellschaft in Berlin gehörigen Braunkohlentagebaues Ruth bei Bockwitz im Kreise Liebenwerda. Vom 29. Januar 1921.

Auf Grund des § 1 der Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914 (Gesetzsamml. S. 159) in der Fassung der Verordnungen vom 27. März 1915 (Gesetzsamml. S. 57) und vom 15. August 1918 (Gesetzsamml. S. 144) sowie des Gesetzes vom 21. September 1920 (Gesetzsamml. S. 437) wird bestimmt, daß das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung bei der Ausübung des Enteignungsrechts, das der Braunkohlen- und Brickett-Industrie-Aktiengesellschaft in Berlin zur Erweiterung ihres Braunkohlentagebaues Ruth bei Bockwitz im Kreise Liebenwerda durch Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom heutigen Tage verliehen ist, Anwendung zu finden hat.

Berlin, den 29. Januar 1921.

Der Minister  
für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage  
Boeckel.

Der Minister  
der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage  
Secht.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage  
Meister.